

## Arbeitsblatt 5: Partnerschaften und Europäisierung

**Aus dem „Vertrag für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991:**

### Artikel 8:

(1) Die Vertragsparteien messen dem Ziel der europäischen Einheit auf der Grundlage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit höchste Bedeutung bei und werden sich für die Erreichung dieser Einheit einsetzen.

(2) Mit dem Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen den europäischen Gemeinschaften und der Republik Polen legen die europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedstaaten und die Republik Polen die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die europäische Gemeinschaft. die Heranführung wird von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften gefördert.

### Artikel 12:

(1) Die Vertragsparteien messen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung bei. [...]

*Die Motivation den Vertrag für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu unterzeichnen lag in erster Linie darin, zur Versöhnung der Nachbarländer beizutragen, die historischen Erfahrungen zu verarbeiten und Vorurteile aufzubrechen. Grenznahe Zusammenarbeit, Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen sowie Förderung im Bereich des Jugendaustauschs und grenzüberschreitender Aktivität der Zivilgesellschaft sind Effekte des Vertrags, der diese mit detaillierten Plänen, wie der Förderung der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission und der Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks in die Wege leitet. Es wurden unterschiedliche Institutionen ins Leben gerufen, um diese Kooperation zu stärken. Zum Beispiel wurde im Zuge des Vertrags die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit berufen. In dieser gibt es vier Ausschüsse: 1. für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, 2. für interregionale Zusammenarbeit, 3. für Raumordnungsfragen, 4. für Bildungszusammenarbeit. Mit dem Vertrag hat sich Deutschland auch mitverantwortlich für den Beitritt Polens in die EU gemacht. Die Zusammenarbeit der beiden Länder wird als ein Bestandteil des Europäisierungsprozesses begriffen.*

*In einem Artikel der Deutschen Welle (30.07.2020) wird über die in Polen verabschiedeten Anti-LGBT-Resolutionen und ihre Folgen auf das deutsch-polnische Verhältnis sowie die Beziehung zur EU berichtet:*

„Es ist noch nicht offiziell bekannt, welche Städte künftig ohne EU-Förderung für Städtepartnerschaften auskommen müssen, aber Medienberichten zufolge ist unter anderem die Stadt Tuchów im Bezirk Kleinpolen betroffen. Die Bürgermeisterin der Kleinstadt, Magdalena Marszałek, bestätigte das: ‚Wir haben noch kein offizielles Schreiben und keine offizielle Position der EU-Kommission gesehen, aber ich habe die Ratsmitglieder darüber informiert, dass wir keine EU-Mittel bekommen.‘

Sie selbst war gegen die ‚Resolution gegen LGBT-Ideologie‘ eingetreten, doch am Ende hatten die Stadträte der regierenden PiS-Partei das Sagen, sie sind im Stadtrat in der Mehrheit. Erste Konsequenzen folgten - das französische Saint-Jean-de-Braye setzte die Städtepartnerschaft aus.

## Auch deutsche Partnerstadt reagiert

Auch das niederländische Nieuwegein kündigte die Freundschaft mit der östlichen Stadt Puławy. Anders als Bojarka, die ukrainische Stadt will trotz der Umstände die Zusammenarbeit nicht aufgeben. Es stehe jeder Gemeinde frei, über ihre eigenen Ansichten zu entscheiden, so der Bürgermeister von Bojarka, Oleksandr Sarubin, in einem Gespräch mit der DW. "Uns interessiert bei der Zusammenarbeit etwas völlig anderes: Kultur, Erfahrungsaustausch im kommunalen Bereich, Dienstleistungen für die Bevölkerung", sagte er.

Dies alles wird es zwischen Nowy Sącz und Schwerte in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Die deutsche Partnerstadt entschied im Mai, die 30-jährige Zusammenarbeit bis auf Weiteres ruhen zu lassen. „Die Entscheidung Ihres Rates widerspricht unserem europäischen Gedanken der Vielfalt und damit auch dem Gebot der Völkerverständigung“, schrieb Schwertes Bürgermeister Dimitrios Axourgos an seinen polnischen Amtskollegen Ludomir Handzel. Dieser hatte ebenfalls gegen die ‚Charta für Familienrechte‘ Stellung bezogen, einer weniger scharfen Erklärung als die von Tuchów, aber der Stadtrat überstimmte auch hier den Stadtoberen.

## Natürliche Konsequenz?

Für Krzysztof Śmiszek von der polnischen Linkspartei kommen finanzielle Konsequenzen nicht überraschend. Er sieht in den Entscheidungen der EU-Kommission eine ‚natürliche Konsequenz homophob motivierter Maßnahmen in einigen Kommunen. Entweder Achtung von Menschenrechten, Werten und europäische Gelder oder Homophobie und Geldmangel - eine letztlich auch zivilisatorische Wahl‘, meinte er, der selbst mit einem Mann zusammenlebt.

Möglicherweise werde der Stadtrat von Tuchów seine Entscheidung nun noch einmal überdenken, zitiert die Tageszeitung Gazeta Wyborcza einen Vizebürgermeister der Kleinstadt. Pawel Preneta kann derweil für sich in Anspruch nehmen, Anteil daran zu haben, dass die als ‚LGBT-freie Zonen‘ bekannt gewordenen Wojewodschaften, Städte und Gemeinden damit mehr in die Öffentlichkeit geraten sind als ihre Stadtoberen das wohl gewollt haben. Sein virtueller ‚Atlas des Hasses‘ kennzeichnet auf einer Polen-Karte all jene Regionen, in der die unterschiedlichen Erklärungen zum Thema verabschiedet wurden. ‚Die Entscheidung aus Brüssel kann andere Kommunen entmutigen, selbst solche Beschlüsse zu fassen, und das wäre positiv‘, sagt er. ‚Aber wir können nicht sagen, wie diejenigen reagieren werden, die diese Beschlüsse bereits angenommen haben. Wir befürchten, die Anti-EU-Stimmung dort wird wachsen‘.

Zumal die Anti-LGBT-Rhetorik nicht nur von Kommunalpolitikern, sondern auch von höchsten Repräsentanten des Staates im Munde geführt wird. Der von der regierenden PiS unterstützte Staatspräsident Andrzej Duda etwa wetterte in der Endphase des Wahlkampfes gegen LGBT als ‚Neobolschewismus‘. ‚Man versucht, uns einzureden, dass LGBT Menschen sind, aber das ist Ideologie.‘ Wie im Sozialismus versuche man, sie Erwachsenen und Kinder einzuhämmern. [...]

Es geht zwar nicht gerade um die größten EU-Fördersummen, und doch ist dieser Schritt Brüssels auch ein symbolischer, der als Signal für die Zukunft gelten kann. Erstmals wird eine Kausalität zur Achtung von Grundwerten nicht nur rhetorisch hergestellt, sondern mit direkten finanziellen Konsequenzen verbunden. ‚EU-Werte und grundlegende Rechte müssen von den Mitgliedsländern respektiert werden‘, hatte die EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, geschrieben. ‚Deswegen wurden die sechs Städtepartnerschafts-Anträge abgelehnt, an denen polnische Stellen beteiligt waren, die Resolutionen zu ‚LGBT-freien Zonen‘ oder ‚Familienrechten‘ verabschiedet haben.“

Aus: <https://www.dw.com/de/warnsignal-aus-brüssel-polnische-städte-ohne-eu-gelder/a-54382201> (Zugriff: 25.07.2021).

## Aufgaben

1. *Benennen Sie die Ziele des Vertrags für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Welche Vorteile konnten im Zuge dessen bis heute verzeichnet werden?*
2. *Warum sind institutionelle Veränderungen ausschlaggebend bei der Stärkung einer guten Nachbarschaft zwischen den Ländern?*
3. *Diskutieren Sie wie die Beziehung Polens zur EU mit dem nachbarschaftlichen Verhältnis zu Deutschland zusammenhängt.*
4. *Fassen Sie zusammen, weshalb Städtepartnerschaften zwischen den beiden Ländern heutzutage gefährdet sind. Wie beurteilen Sie das Einstellen partnerschaftlicher Zusammenarbeit und die Kürzung der EU-Gelder als Konsequenz? Schlagen Sie andere strategische Vorgehen vor.*